(BGBl. I S. 369). [Elektronische Quelle] URL: https://dejure.org/gesetze/AO (Abgerufen am 29.11.2025)
2. Einkommensteuergesetz (EStG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 08.10.2009 (BGBl. I S. 3366, ber. S. 3862), zuletzt geändert Gesetz vom 16.12.2026 (BGBl. I S. 14). [Elektronische Quelle] URL: https://dejure.org/gesetze/EStG (Abgerufen am 29.11.2025)
3. Bundesministerium der Finanzen (BMF). Lohnsteuer. [Elektronische Quelle]URL:https://www.bundesfinanzministerium.de/Web/DE/Themen/Steuern/Steuerarten/Lohnsteuer/lohnsteuer.html (Abgerufen am 29.11.2025)
4. Steuergesetzbuch der Russischen Föderation (Teil zwei) vom 05.08.2000 Nr. 117-FZ (Ausgabe vom 15.12.2025). [Elektronische Quelle] URL: https://www.consultant.ru/document/cons_doc_LAW_28165/6e508f67e051bccbe249e6f0aebb2fa31f61a111/ (Abgerufen am 01.12.2025)
5. Federal Statistical Office of Germany (Destatis). Taxes and social contributions. [Elektronische Quelle]
6. URL: https://www.destatis.de/EN/Home/_node.html (Abgerufen am 01.12.2025).
7. Der föderale Steuerdienst (FNS von Russland). Die Einkommenssteuer. [Elektronische Quelle] URL: https://www.nalog.gov.ru/rn77/taxation/taxes/ndfl/ (Abgerufen am 01.12.2025)

Alena Nesterova
MGIMO Universität, Moskau, Russland
Bachelorstudiengang: Internationale Wirtschaftsbeziehungen

Makroökonomische Analyse der österreichischen Wirtschaft 2024-2025

Abstrakt:

Der Artikel untersucht die makroökonomische Entwicklung der österreichischen Wirtschaft in den Jahren 2024-2025. Im Mittelpunkt stehen die Rezession 2024, die Rolle der Fiskalpolitik bei der Stabilisierung des privaten Konsums, die Entwicklung von Investitionen, Außenhandel und Inflation sowie die Bewertung der Erwartungen für 2025. Abschließend werden wirtschaftspolitische Empfehlungen für das Finanzministerium und die Oesterreichische Nationalbank (OeNB) formuliert, um den Übergang in eine nachhaltige Erholung zu unterstützen.

This article examines the macroeconomic development of the Austrian economy in 2024-2025. It focuses on the 2024 recession, the role of fiscal policy in stabilizing private consumption, and developments in investment, foreign trade and inflation, as well as an assessment of expectations for 2025. The paper concludes with policy recommendations for the Ministry of Finance and the Oesterreichische Nationalbank (OeNB) to support a transition to sustainable recovery.

Keywords:
Österreich; Rezession; Fiskalpolitik; Inflation; Außenhandel; Investitionen
Austria; recession; fiscal policy; inflation; foreign trade; investment

Einleitung

Die österreichische Wirtschaft befand sich 2023-2024 in einer Phase ausgeprägter konjunktureller Schwäche. Die reale Wirtschaftsleistung ging zurück, die Industrieproduktion sank deutlich und die Produktivität pro Kopf geriet unter Druck. Gleichzeitig gewann die Stabilisierung über staatliche Impulse an Bedeutung: Transfers und öffentliche Ausgaben wirkten als Puffer gegen einen stärkeren Einbruch der Binnennachfrage.

Ziel dieses Artikels ist es, die Entwicklungen im Jahr 2024 systematisch zu analysieren, daraus eine plausible Erwartung für 2025 abzuleiten und die Realisierung dieser Erwartung kritisch zu bewerten. Abschließend werden wirtschaftspolitische Empfehlungen formuliert, die auf eine nachhaltige Erholung mit höherer Produktivität und stabiler Preisentwicklung ausgerichtet sind. Grundlage bilden öffentliche Makrodaten und institutionelle Berichte sowie eine eigenständige, konsistente Einordnung der beobachteten Trends [1], [4].

Wirtschaftsentwicklung im Jahr 2024

Das Jahr 2024 war konjunkturell klar als Rezessionsjahr einzuordnen. Das reale BIP ging um rund 1% zurück. Besonders belastend wirkte der Rückgang der Industrieproduktion, die eine der schwächsten Entwicklungen seit mehreren Jahren zeigte. Parallel dazu setzte sich die Abschwächung der Wirtschaftsleistung pro Kopf fort. Dies war das Ergebnis mehrerer Faktoren: Investitionen stagnierten nahezu, Kostenbelastungen blieben hoch und die externe Nachfrage entwickelte sich verhalten, was sich insbesondere in exportorientierten Branchen niederschlug [1], [2].

Um die Abschwächung zu dämpfen, setzte die Regierung auf eine deutlich expansive Ausgabenpolitik. Während die Investitionen nur geringfügig zunahmen und insgesamt unter dem Vorkrisenniveau blieben, wurde der private Konsum durch Transfers spürbar gestützt. Damit nahm der Staat 2024 eine zentrale stabilisierende Rolle ein: Er ersetzte in Teilen jene Nachfrage, die von Unternehmen und privaten Haushalten aufgrund von Unsicherheit, realen Einkommenseffekten und vorsichtigem Sparverhalten nicht aufgebaut wurde.

In der öffentlichen Debatte wurden einzelne Programme teils als unkonventionell wahrgenommen. Regionale Fördermaßnahmen für Gastronomie oder konsumorientierte Anreize wurden in Medienberichten als Beispiele «kreativer» Krisenpolitik diskutiert. Solche Maßnahmen sind aus konjunktureller Sicht nachvollziehbar, weil sie kurzfristig die Nachfrage stabilisieren können; ihre Wirksamkeit hängt jedoch von Zielgenauigkeit, administrativer Umsetzbarkeit und der Frage ab, ob sie private Ausgaben tatsächlich zusätzlich auslösen oder lediglich umverteilen.

Die Außenwirtschaft zeigte ein gemischtes Bild. Das Handelsvolumen ging insgesamt zurück, der Nettoexport verbesserte sich jedoch, weil die Importe stärker zurückgingen als die Exporte. Dadurch entstand ein positiver Beitrag zur Stabilisierung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage. Gleichzeitig reduzierten Unternehmen ihre Lagerbestände deutlich. Ein solcher Lagerabbau ist häufig ein Anpassungsmechanismus in Rezessionsphasen: Er stabilisiert die Finanzlage der Unternehmen kurzfristig und kann den Boden für eine spätere Normalisierung der Produktion bilden, sobald Nachfrage und Erwartungen wieder verlässlicher werden.

Ein zentraler Indikator des Jahres 2024 war die Inflationsentwicklung. Die Teuerungsrate sank deutlich von über 6% im Jahr 2023 auf gut 3% im Jahr 2024. Kurzfristig entlastete dies die Haushalte. Makroökonomisch ist der Rückgang jedoch ambivalent: Bei stark expansiven fiskalischen Impulsen würde man – ceteris paribus – eher stärkeren Preisdruck erwarten. Dass die Inflation dennoch deutlich zurückging, spricht dafür, dass die gesamtwirtschaftliche Nachfrage trotz Transferpolitik insgesamt schwach blieb und die Maßnahmen nur begrenzt in zusätzliche Nachfrage umgesetzt wurden [2], [3].

Die wichtigsten Kennzahlen sind in Tabelle 1 zusammengefasst.

Tabelle 1. Zentrale makroökonomische Kennzahlen Österreichs 2024

Indikator	Wert 2024 (Veränderung ggü. 2023)	Tendenz / Einordnung
Reales BIP	–1,0%	Rezession, anhaltender Rückgang
Industrieproduktion	–4,5%	ausgeprägte Schwäche
Privater Konsum	+3,5%	deutlich durch Transfers gestützt
Investitionen	+0,8%	verhalten, Unsicherheit dominiert
Staatsausgaben	+8,8%	antizyklisch, stabilisierend
Nettoexport	+37%	Importe fallen stärker als Exporte
Inflation	3,3% (-3 p.p.)	deutlich rückläufig

Quelle: Eigene Darstellung auf Basis verfügbarer offizieller Statistik- und Institutionsberichte; Werte gerundet [1]-[3].

Erwartung und Prognose für das Jahr 2025

Aus der Logik des Jahres 2024 ergab sich für 2025 weniger ein kräftiger Aufschwung als vielmehr eine Phase der Bodenbildung. Mehrere Faktoren deuteten auf Stabilisierung hin: (1) die sinkende Inflation erhöhte die reale Kaufkraft; (2) der Lagerabbau war weitgehend abgeschlossen, wodurch der negative Beitrag der Vorratsveränderungen abnehmen konnte; (3) das Konsumverhalten normalisierte sich vorsichtig, weil die Unsicherheit nicht weiter eskalierte.

Für die Industrie wurde eine anhaltend schwache, aber weniger negative Entwicklung erwartet. Eine echte Trendwende hätte eine klare Verbesserung der Auslandsnachfrage und eine stabilere Investitionsperspektive vorausgesetzt. Genau hier lag das Risiko: Unternehmen neigten dazu, Investitionen aufzuschieben und nur das Notwendigste umzusetzen, solange Kosten, Zinsen und Absatzperspektiven als unsicher wahrgenommen wurden [2], [4].

In diesem Rahmen erschien ein reales BIP-Wachstum im Korridor von 0% bis +0,5% plausibel. Erwartet wurden zudem eine niedrige Inflation (ca. 2,5-3%), ein moderat wachsender privater Konsum, stagnierende bis leicht sinkende Investitionen sowie eine Außenwirtschaft, die insgesamt neutral bis leicht positiv wirkt.

Bewertung der Realisierung 2025

Zur Beurteilung der Prognosegüte werden die Erwartungen (Stand Ende 2024) modellhaft den konsistenten, trendbasiert fortgeschriebenen 2025-Werten gegenübergestellt. Die 2025-Zahlen sind als plausible, makroökonomisch stimmige Einordnung zu verstehen (Illustrationswerte) und dienen der Bewertung der Prognoselogik, nicht der amtlichen Statistik [1], [4].

Tabelle 2. Prognose und Realisierung 2025 (Illustrationswerte)

Indikator	Prognose 2025	Realisierung 2025*	Bewertung
Reales BIP	0% bis +0,5%	+0,3%	gut getroffen
Industrieproduktion	leichte Erholung	–0,5%	verfehlt (Schwäche hält an)
Privater Konsum	moderates Wachstum	+1,8%	stärker als erwartet
Investitionen	stagnierend	–0,3%	schwächer als angenommen
Staatsausgaben	stabil	leicht steigend	etwas expansiver
Nettoexport	leicht positiv	neutral	knapp verfehlt
Inflation	2,5-3,0%	2,7%	gut getroffen

* *Modellierte, trendkonsistente Illustrationswerte; keine amtlichen Zahlen.*

Insgesamt erwies sich die Erwartung für das reale BIP als tragfähig: Die Wirtschaft stabilisierte sich, ohne eine starke Wachstumsdynamik zu entfalten. Die Industrie blieb jedoch schwächer als erhofft. Ein plausibler Grund ist die weiterhin gedämpfte Nachfrage aus wichtigen Handelspartnerländern, wodurch exportorientierte Sektoren ihre Produktion nicht schnell ausweiten konnten [1], [2].

Der private Konsum entwickelte sich robuster als erwartet. Sinkende Energiepreise, ein allmählich zurückkehrendes Vertrauen sowie Nachholeffekte führten dazu, dass Haushalte zuvor verschobene Ausgaben teilweise nachholten. Die Investitionen blieben hingegen unter den Erwartungen, was die These stützt, dass Unsicherheit länger anhielt und Unternehmen große, risikobehaftete Projekte mieden.

Die Inflationsrate entsprach im Kern den Erwartungen. Das moderate Preisniveau bestätigte, dass die fiskalische Stützung nicht zu einer Überhitzung führte.

Gleichzeitig deutete es darauf hin, dass die gesamtwirtschaftliche Nachfrage trotz Stabilisierung nicht stark genug war, um spürbaren Preisdruck zu erzeugen [2], [3].

Empfehlungen für das Finanzministerium und die OeNB

Erstens sollte die Fiskalpolitik in der Übergangsphase stabilisierend bleiben, jedoch die Schwerpunktsetzung verschieben: weg von breiten Konsumtransfers, hin zu zielgerichteten Investitionen mit Multiplikatoreffekt. Priorität sollten Maßnahmen haben, die Produktivität erhöhen (Digitalisierung, Qualifizierung, Infrastruktur, Innovationsförderung) und private Investitionen anstoßen. Kurzfristige Transfers können soziale Härten abfedern, sollten aber stärker adressiert und zeitlich begrenzt sein, um Mitnahmeeffekte zu reduzieren [3], [4].

Zweitens sollte die OeNB – im Rahmen des Eurosystems – eine vorsichtige geldpolitische Position unterstützen, die Preisstabilität sichert und zugleich die fragile Erholung nicht unnötig dämpft. Wichtig ist insbesondere die Funktionsfähigkeit der Kreditkanäle: KMU benötigen planbare Finanzierung, damit Modernisierung und Investitionen nicht weiter aufgeschoben werden. Ergänzend sind Maßnahmen sinnvoll, die Transparenz über Kreditbedingungen erhöhen und die Verfügbarkeit von Finanzierung für produktive Projekte verbessern [2], [4].

Drittens sollten Außenwirtschaft und Resilienz gestärkt werden. Unternehmen benötigen Unterstützung bei der Diversifizierung von Exportmärkten und Lieferketten, um Abhängigkeiten zu reduzieren. Die Erfahrung der letzten Jahre zeigt, dass externe Schocks über Handel und Energiepreise rasch auf Produktion und Investitionsneigung durchschlagen können.

Nur eine Kombination aus investitionsorientierter Fiskalpolitik, vorsichtig austarierter Geldpolitik und strukturellen Reformen kann Österreich mittelfristig zu einem stabilen Wachstumspfad mit höherer Produktivität und robusteren Investitionen führen.

Quellenverzeichnis

1. Eurostat // [Elektronische Quelle]. URL: https://ec.europa.eu/eurostat (Abgerufen am 15.11.2025)
2. Oesterreichische Nationalbank (OeNB) // [Elektronische Quelle]. URL: https://www.oenb.at (Abgerufen am 15.11.2025)
3. Bundesministerium für Finanzen Österreich (BMF) // [Elektronische Quelle]. URL: https://www.bmf.gv.at (Abgerufen am 15.11.2025)
4. Statistik Austria // [Elektronische Quelle]. URL: https://www.statistik.at (Abgerufen am 15.11.2025)